

Bern, September 2024

Protokoll des Parteitages



Datum	Samstag, 28. August 2024
Zeit	19.15 – 21.00
Ort, Raum	Hotel Bern, Bern
Präsenz	73 Stimmberechtigte Personen
Absolutes Mehr	37 Stimmen
Protokollführung	Michelle Hufschmid-Lim

1	Eröffnung und Begrüssung	2
2	Wahlen zum Parteitag	3
2.1	Stimmzähler:innen.....	3
2.2	Mandatsprüfungskommission.....	3
2.3	Wahlbüro	3
2.4	Tagesbüro	3
3	Genehmigungen	3
3.1	Tagesordnung	3
3.2	Geschäftsordnung	4
3.3	Protokoll des Parteitages vom 04.05.2024.....	4
4	Parolen Abstimmungen vom 22. September	4
5	Initiative Volksschule ohne Selektion (VSoS)	6
6	Verabschiedung aus der GPK	7
7	Resolutionen	8
8	Verschiedenes	8
9	Schluss des Parteitages	8

1 ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNG

Manuela Kocher begrüsst die Anwesenden. Das Co-Präsidium Anna Tanner und Ueli Egger eröffnen den Parteitag.

Anna Tanner macht auf die vielen Wahlkämpfe in den Gemeinden und Sektionen hin. Wir versuchen wie immer auch, die Kaufkraft zu fördern. Ueli Egger begrüsst die Anwesenden:

«Liebe Genossinnen und Genossen, alle dazwischen und ausserhalb
Werte Anwesende

Seid auch von mir her herzlich gegrüsst zu unserem **Parteitag**. Es freut mich sehr, dass ihr heute alle hier seid, obschon viele von euch in eurem persönlichen Wahlkampf oder im Wahlkampf eurer Sektion engagiert sind.

Chères et chers camarades

Soyez les bienvenu(e)s, ici **à Berne**. L'an 2024 c'est une année importante pour le PS, non seulement à cause des votations nationales, mais aussi à cause des élections dans beaucoup de communes de notre canton.

Die wirkungsvollste Weise, unsere Umgebung und die Welt nachhaltig etwas sozialer und solidarischer zu machen, ist das Gewinnen von Wahlen, ist das Gewinnen von zusätzlichen Sitzen für die SP in Parlamenten und Exekutiven. Aber selbst in unseren Hochburgen Bern und Biel fallen der SP diese Sitze nicht einfach in den Schoss. Jeder einzelne Sitz muss mit viel Arbeit und Überzeugung erkämpft oder verteidigt werden. Dafür braucht es viel Arbeit im Rampenlicht, respektive im Vordergrund, und auch im Hintergrund. Wir brauchen bekannte Persönlichkeiten und weniger bekannte Helferinnen und Helfer, wir brauchen aber vor allem möglichst viele Leute, die sich fragen, was sie persönlich für den Erfolg der SP tun können, welche Fähigkeiten sie in die Wahlkampagne einbringen können. An dieser Stelle spreche ich deshalb ein riesiges Dankeschön aus für all die Energie, all die Ideen, all die Stunden, schon jetzt, welche aber auch in den nächsten zwei oder drei Monaten in unserem Kanton in die Wahlkämpfe der SP eingebracht werden. Und ich wünsche selbstverständlich allen Kandidierenden möglichst viel Erfolg.

Bei uns in der Kantonalpartei ist es in Sachen Wahlen gerade etwas ruhiger. Auf kantonaler und nationaler Ebene sind wir zwischen anderthalb und drei Jahre von den nächsten Wahlen entfernt. Wir von der Parteileitung und Geschäftsleitung wollen die Zeit nutzen, um die SP zu stärken und ohne Zeitdruck Strategien für die nächsten Wahlen zu entwickeln. Das haben wir an unserer Klausur am 27. Januar beschlossen. In einem ersten Schritt hat unser Sekretariat alle Kandidierenden über die Nationalratswahlen 2023 befragt und die Antworten ausgewertet. Am 12. August hat unsere Arbeitsgruppe, bestehend aus Michael Grossenbacher, Zora Schindler, Michelle Hufschmid-Lim und mir, alle Kandidierenden zu einer Aussprache eingeladen, wo Kritik und konstruktive Ideen zu den letzten Wahlen ungefiltert angebracht werden konnten. Am Samstag, dem 19. Oktober möchten wir nun in einem weiteren Schritt, den Raum schaffen, um basisdemokratisch miteinander diskutieren und Ideen sammeln, auf welche Weise und mit welchen Strategien wir den nationalen Wahlkampf 2027 noch erfolgreicher gestalten könnten, als jenen von letztem Jahr. Schreibt euch deshalb den 19. Oktober dick in eure Agenden ein und kommt möglichst zahlreich zu uns nach Bern. Über den Anlass werden wir im nächsten Links genauer informieren. Heute nur so viel: Wir freuen uns auf möglichst viele konstruktive Ideen und spannende Diskussionen. Wie anfangs im Zusammenhang mit den lokalen Wahlen erwähnt: nur wenn wir unsere bisherigen Sitze behal-

ten und neue dazu gewinnen, können wir unsere Schweiz etwas sozialer und solidarischer machen. Mit einer guten Strategie und dem vollen Einsatz von uns allen für unsere Partei, sollten wir unseren Ständerratssitz verteidigen und im Nationalrat einen sechsten Sitz dazugewinnen können. Wir von der PL und der GL sind sehr motiviert, unser Bestes dafür zu geben!

Besten Dank für eure Aufmerksamkeit und jetzt erst einmal uns allen einen spannenden Parteitag heute Abend!»

2 WAHLEN ZUM PARTEITAG

Es werden nominiert und gewählt:

Tischreihe	Stimmzähler:in	Ersatz
Tischreihe 1, Seki-Tisch und Podium	Jürg Schärer	Christoph Meier
Tischreihe 2	Karim Said	Alain Piquerez
Tischreihe 3	Pia Wüthrich	Irene Hügli
Tischreihe 4	Beatrix Hurni	Kaspar Zölch
Tischreihe 5	Andrea Camisa	Angelo Zaccaria

2.1 Stimmzähler:innen

Manuela Kocher leitet die Wahl der Stimmzähler:innen.

2.2 Mandatsprüfungskommission

Es werden vorgeschlagen und gewählt: Tatiana Richard und Martin Wiederkehr (beide GPK).

2.3 Wahlbüro

Stimmzählende und Zora Schindler.

2.4 Tagesbüro

Das Tagesbüro wird gemäss Statuten eingesetzt und besteht aus Parteileitung und Stimmzählenden.

3 GENEHMIGUNGEN

3.1 Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

3.2 Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

3.3 Protokoll des Parteitages vom 04.05.2024

Anmerkung von Thomas Ansbach: Die SPBE-Parole für die Prämientlastungsinitiative war JA, nicht NEIN. Das Protokoll wird mit dieser Anpassung genehmigt.

4 PAROLEN ABSTIMMUNGEN VOM 22. SEPTEMBER

Abstimmung

Änderung der BVG-Reform

Antrag Geschäftsleitung: NEIN-Parole

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst die NEIN-Parole mit einer Enthaltung.

Ständerätin **Flavia Wasserfallen** stellt die Vorlage vor.

Die Vorgeschichte war die Reform der 2. Säule, die von Alain Berset aufgegleist wurde. Es gab ein zähes Ringen um diese Reform, aber 2019 wurde ein Kompromiss mit den Sozialpartner:innen erreicht. Im Kompromiss war eine Senkung des Umwandlungssatzes enthalten, allerdings ohne Rentensenkungen. Bei der Besprechung im Parlament gab es allerdings ein Chaos, denn die bürgerliche Mehrheit wollte keine Kompensationen. Damit wurden die Versprechen der letzten AHV-Abstimmung gebrochen. Dies machte die Änderung des BVGs nun zu einer missratenen Reform. Sie ist nicht akzeptierbar für die SP; so hat diese nun mit den Gewerkschaften das Referendum ergriffen.

Die BVG-Reform bringt wesentliche Änderungen mit sich, die vor allem Personen mit tiefen Löhnen und Teilzeitbeschäftigte betreffen, wobei diese Gruppen mehrheitlich Frauen umfassen. Die Eintrittsschwelle, ab welchem Lohn man BVG-versichert wird, soll von 22'050 auf 19'845 CHF gesenkt werden, was eigentlich mehr Personen ins BVG einbeziehen würde. Der Koordinationsabzug, der vom Lohn abgezogen wird, um den im BVG versicherten Lohn zu berechnen, wird statt als fixer Betrag neu als 20% des Grundlohns definiert, wodurch künftig 80% des Lohns im BVG versichert wären.

Dies führt jedoch zu erheblich höheren Lohnabzügen, besonders für Personen mit niedrigem Einkommen, die dadurch deutlich höhere Beiträge in die Pensionskasse einzahlen müssten. Gleichzeitig wird der gesetzliche Mindestumwandlungssatz im BVG-Obligatorium von 6.8% auf 6% gesenkt, was eine niedrigere Jahresrente zur Folge hätte. Auch die Beitragsstaffelung wird flacher gestaltet, indem die Altersgutschriften von vier auf zwei Stufen reduziert werden, was zwar die Beschäftigungschancen älterer Erwerbstätiger verbessern soll, jedoch zu Renteneinbussen führt. Zur Abfederung der Umwandlungssatzsenkung sind abgestufte Rentenzuschläge für die ersten 15 Übergangsgenerationen vorgesehen, doch profitieren davon nur diejenigen, die bei der Pensionierung bestimmte Bedingungen erfüllen.

Insgesamt bedeutet die Reform für viele: Mehr bezahlen, aber weniger Rente erhalten. Daher ist ein klares NEIN zur BVG-Reform angebracht.

Wortmeldung Martin Schwab, Nidau: Er stellt die Frage, wie sich in den verschiedenen Varianten bezüglich der Kompensationen unterscheiden haben.

Flavia: Ursprünglich gab es Kompensationen, diese wurden jetzt völlig zusammengestrichen. Das heisst für die Finanzierung, dass die Kassen selber schauen, dass ihr Budget aufgeht.

Abstimmung

Biodiversitätsinitiative (national)

Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst einstimmig die JA-Parole.

Nationalrätin **Ursula Zybach** stellt die Vorlage vor.

Sie argumentiert, dass viel Falsches zur Initiative erzählt werde. Als sie auf einer Wanderung im Berner Oberland war, fiel ihr ausserdem auf, dass der Boden kaum Biodiversität aufwies. Sie nahm dies zum Anlass zu schauen, was eigentlich in der Bundesverfassung stehe.

Ein JA zur Biodiversitäts-Initiative ist entscheidend, um den dramatischen Verlust an Artenvielfalt in der Schweiz aufzuhalten und unsere natürlichen Lebensgrundlagen langfristig zu sichern. Die Initiative fordert, dass Bund und Kantone im Rahmen ihrer Zuständigkeiten dafür sorgen, dass die schutzwürdigen Landschaften, Ortsbilder, geschichtlichen Stätten sowie Natur- und Kulturdenkmäler bewahrt werden; die Natur, die Landschaft und das baukulturelle Erbe auch ausserhalb der Schutzobjekte geschont werden und die zur Sicherung und Stärkung der Biodiversität erforderlichen Flächen, Mittel und Instrumente zur Verfügung stehen. Dies ist angesichts der alarmierenden Rückgänge bei Pflanzen, Tieren und Lebensräumen dringend notwendig. Der Schutz und die Förderung der Biodiversität sind nicht nur ökologisch wichtig, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll, da intakte Ökosysteme essenzielle Dienstleistungen wie sauberes Wasser, fruchtbare Böden und Bestäubung erbringen. Durch ein JA zur Initiative wird die Schweiz ihrer Verantwortung gerecht, die Biodiversität als Grundlage für das Leben und die Wirtschaft zu bewahren und zukünftigen Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen.

Abstimmung

Änderung der Kantonsverfassung (kantonal)

Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst einstimmig die JA-Parole.

Grossrätin **Ursula Marti** stellt die Vorlage vor.

Ein JA zur Änderung der Kantonsverfassung des Kantons Bern ist von zentraler Bedeutung, um den langjährigen Konflikt um die Zugehörigkeit der Stadt Moutier zu lösen und eine rechtliche Grundlage für die Neuordnung der Kantonsgrenzen zu schaffen. Diese Verfassungsänderung ermöglicht es Moutier, offiziell vom Kanton Bern in den Kanton Jura überzutreten, was den Willen der Bevölkerung von Moutier respektiert, der in mehreren Abstimmungen deutlich gemacht wurde. Die Amtsbezirke sollen gestrichen werden, weil es sie rechtlich nicht mehr geben wird. Sie hatten eigentlich sowieso nur noch im Berner Jura eine Bedeutung, aber seit 2021 auch dort nicht mehr. Die Anpassung der Verfassung ist notwendig, um den friedlichen Übergang zu gewährleisten und die territoriale Integrität beider Kantone zu sichern. Ein JA bedeutet auch, dass die historische Auseinandersetzung um die jurassische Frage, die seit Jahrzehnten besteht, endlich zu einem einvernehmlichen Abschluss gebracht werden kann. Diese Lösung stärkt den sozialen Frieden in der Region und fördert die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen. Daher ist ein JA zur Initiative ein wichtiger Schritt zur Anerkennung der demokratischen Entscheidungen der Bevölkerung und zur Sicherung stabiler, zukunftsorientierter Beziehungen zwischen den betroffenen Kantonen. Die SP-Fraktion sowie der Grosse Rat haben insgesamt der Vorlage klar zugestimmt.

Wortmeldung Alain Piquerez, PS Bienne-Romand: Sein Votum ist eine leidenschaftliche Unterstützung für ein JA zur Initiative. Es handle sich hier wirklich um eine Übereinkunft, die einen Kompromiss zwischen den Kantonen Bern und Jura bilde. Dieser Kompromiss sei auch breit abgestützt unter den Parteien.

Abstimmung

Konkordat über den Wechsel der Gemeinde Moutier zum Kanton Jura (kantonal)

Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst einstimmig die JA-Parole.

Grossrätin **Ursula Marti** stellt die Vorlage vor.

Die Initiative betrifft das Konkordat zwischen den Kantonen Bern und Jura, das den rechtlichen Rahmen für den Wechsel der Gemeinde Moutier vom Kanton Bern zum Kanton Jura schafft. Ein Konkordat ist ein Vertrag zwischen zwei oder mehreren Kantonen. Es kann nicht einseitig von einem Kanton abgeändert werden. Das Konkordat klärt viele Fragen zur Verwaltung, weil Moutier ein Zentrum der bernischen Kantonsverwaltung ist.

Der Wechsel von Moutier vom Kanton Bern zum Kanton Jura wurde in einer Volksabstimmung in Moutier bereits 2017 beschlossen und von der Stimmbevölkerung durch eine weitere Abstimmung 28. März 2021 bestätigt. Ein JA zur Initiative ermöglicht die Umsetzung dieser Entscheidung, fördert den sozialen Frieden in der Region und beendet eine jahrzehntelange Auseinandersetzung um die jurassische Frage. Zudem stärkt die Zustimmung zum Konkordat die interkantonale Zusammenarbeit und garantiert einen geregelten, fairen Übergang, der sowohl den Interessen der Bürger:innen von Moutier als auch den beiden betroffenen Kantonen gerecht wird.

5 INITIATIVE VOLKSSCHULE OHNE SELEKTION (VSOS)

Hanspeter Stalder (VSoS) stellt die Initiative vor.

Die Initiative «Volksschule ohne Selektion (VSoS)» zielt darauf ab, die frühe Selektion von Schüler:innen in unterschiedliche Bildungswege innerhalb der Volksschule abzuschaffen. Konkret möchte die Initiative die Aufteilung der Schüler:innen in verschiedene Leistungsniveaus oder Schularten (z.B. Sekundar- und Realschule) beenden, um so eine einheitliche und integrative Volksschule zu schaffen. Das Ziel ist es, allen Kindern unabhängig von ihren sozialen oder schulischen Ausgangsbedingungen die gleichen Bildungschancen zu bieten und sie länger gemeinsam zu unterrichten. Die Initiative betont, dass diese Massnahme die Chancengleichheit fördern und den sozialen Zusammenhalt stärken soll, indem sie verhindert, dass Kinder frühzeitig auf unterschiedliche Bildungswege gelenkt werden, die ihre Zukunftsmöglichkeiten einschränken könnten.

Es gibt keine Fragen an Hanspeter Stalder.

Ueli Egger: «Die Geschäftsleitung der SP Kanton Bern schlägt euch vor, die Initiative für eine Volksschule ohne Selektion offiziell zu unterstützen. Dieser Entscheid fiel allerdings nicht einstimmig. Die Argumente dafür habt ihr vorhin von Hanspeter Stalder gehört.

Die Gegenstimmen kamen von Leuten, welche sich Sorgen machen um die laufend zunehmende Belastung der Lehrpersonen in einem Kanton, welcher den Schulen nicht die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellt, oder zur Verfügung stellen kann, - Ressourcen, die es ermöglichen, starke und schwache Lernende in integrativen Klassen mit einem vertretbaren und leistbaren Aufwand optimal zu fördern. Weil diese Ressourcen fehlen, laufen landauf und landab viele Lehrpersonen an ihrem Limit, reduzieren ihr Pensum oder kehren der Schule gar den Rücken. Deshalb kommt das aus linker Sicht sicher berechtigte Anliegen für eine Schule ohne Selektion heute zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Erst wenn das Volk die bereits laufende Bildungsinitiative von Bildung Bern annehmen sollte, also jene Initiative, welche der Schule, die für ihre heutigen Aufgaben notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen möchte, wäre in einem nächsten Schritt die Abschaffung der Selektion zu verantworten.

Aber wie gesagt, dies ist die Meinung einer Minderheit der GL. Die Mehrheit empfiehlt euch, die Initiative „Volksschule ohne Selektion“ auch zum heutigen Zeitpunkt schon zu unterstützen. Der genaue Antrag ist auf der Leinwand eingeblendet.»

Wortmeldung Ursula Marti, Bern: Sie fragt danach, ob man sich den Zeitpunkt der Initiative taktisch gut überlegt hat. Es sei unbestritten, dass die Initiative richtig wäre. Sie sei aber nicht überzeugt, ob jetzt der richtige Zeitpunkt sei, weil viele Schulen extrem belastet seien wegen Lehrpersonenmangel. Sie befürchtet, dass die Leute, die von dieser Initiative unterstützt werden sollten, jetzt zu wenig Ressourcen dafür hätten. Ausserdem sorgt sie sich, ob die VSoS-Initiative gut mit derjenigen von Bildung Bern abgestimmt sei.

Wortmeldung Martin Wiederkehr, SP Biel-Stadt/Ost: Aus Sicht der Berufsbildung unterscheiden Arbeitgeber nicht zwischen Real- oder Sekundarbildung, denn die Absolvent:innen würden zusammengekommen. Darum ist Selektion nicht effizient und für Betriebe ebenso nicht so relevant.

Wortmeldung Gian Derungs, SP Aefligen: Er war ursprünglich skeptisch gegenüber dem Anliegen. Inzwischen hat er aber auch gute Argumente dafür gehört und ist offener. Er findet es ebenfalls wichtig, den richtigen Zeitpunkt dafür abzuwarten.

Wortmeldung Meret Schindler, Grossrätin Bern Bümpliz-Betlehem: Sie bedankt sich bei Martin Wiederkehr für sein Votum. Viele Lehrpersonen litten unter dem Druck der Eltern, die Schüler:innen einteilen zu müssen. Der Druck auf die Kinder werde durch Selektion nicht aufgehoben.

Wortmeldung Monique Iseli, SP Bern-Nord: Die Selektion übe grossen Druck auf die Lehrpersonen aus. Der Druck der Eltern sei noch grösser als der Druck der Heterogenität, welcher aber klar gegeben sei.

Wortmeldung Sonja Walter, SP Kanton Bern: Sie habe zwölf Jahre auf Realstufe auf dem Land unterrichtet. Viele Schüler:innen wären fast an den Noten gescheitert. Es sei ihr Herzenswunsch, dass die Volksschule ohne Selektion durchkomme.

Wortmeldung Liselotte Lüscher, SP Bern-Süd: Sie setze sich seit mindestens fünfzig Jahren ein für eine Schule ohne Selektion.

Abstimmungen: Die Initiative wird mit 2 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen angenommen.

6 VERABSCHIEDUNG AUS DER GPK

Verabschiedung Katrin Meister

Katrin Meister wird von Ueli Egger in absentia aus der GPK verabschiedet:

«Liebe Katrin

Mit einem herzlichen Dankeschön für deine stets zuverlässige, kritische und kompetente Arbeit verabschieden wir dich heute aus der Geschäftsprüfungskommission der SP Kanton Bern. Du wurdest am Parteitag vom 25. Mai 2019 in dieses wichtige Kontrollgremium gewählt. Margrit Junker Burkhard stellte dich damals zu Recht mit folgenden Worten vor: «Katrin Meister ist Fraktionspräsidentin in Lyss. Als gelernte Gemeindeschreiberin verfügt sie über alle Kompetenzen, die es für dieses Amt in der GPK braucht.» Neben deiner politischen Arbeit, unter anderem dem Aufstieg zur höchsten Lysserin, hast du

über fünf Jahre lang in der GPK gewirkt und geschaut, dass in der SP Kanton Bern trotz unserer linken Gesinnung finanziell und rechtlich alles mit rechten Dingen zu und her geht.

Aus familiären Gründen trittst du nun aus der GPK zurück. Ich hoffe, dass du die damit gewonnene Zeit für deine Familie aber auch für deine Hobbies, Lesen und Reisen, nutzen kannst. Mit grosser Dankbarkeit schenken wir dir zum Abschied einen Reisegutschein der SBB, in der Hoffnung, dass du diesen für eine gemütliche Reise (vielleicht sogar mit einem spannenden Buch) nutzen kannst, zur Erholung von deinen politischen Anstrengungen.»

Martin Wiederkehr dankt Katrin Meister für ihr verlässliches und aufgestelltes Wirken in der GPK. Applaus in absentia.

7 RESOLUTIONEN

Es gab keine Resolutionen.

8 VERSCHIEDENES

Wortbegehren von Martin Schwab, Nidau: Er fragt, wie man die vielen Sektionen, die im Herbst 2024 Gemeindewahlen haben, unterstützen könne. Nidau selber sei 2025 dran und der Sektionsvorstand frage sich, wie man die Wahlliste mit Kandidat:innen füllen könne.

Die stellvertretende Parteisekretärin Michelle Hufschmid-Lim verweist auf die Unterstützung durch das Parteisekretariat. Sektionen, die sich Hilfe wünschten bei Themen wie Mitglieder gewinnen, Mitglieder erhalten, Überalterung, Mitgliederschwund und Gemeindewahlkampf würden ausdrücklich aufgefordert sich bei ihr (michelle.hufschmid@spbe.ch) und von September 2024 bis Januar 2025 bei ihrer Mutter-schaftsvertretung Petra Maurer (petra.maurer@spbe.ch) zu melden. Die Parteisekretärin biete zu diesen Themen auf die Sektionen zugeschnittene Bildungsveranstaltungen an, für die sie die Sektionen vor Ort äusserst gerne besuche.

9 SCHLUSS DES PARTEITAGES

Stefan Jordi hält das Schlusswort: «Wir sind eine Partei, die wächst und Mitglieder gewinnt. Eine Partei, die aktive Wahlkampagnen macht. Wir sind eine Partei, die weit blickt.» Er fasst die gefassten Parolen zu den Initiativen sowie die behandelten Traktanden zusammen.

Der nächste Parteitag findet am Mittwoch, 30. Oktober 2024 um 19.15 Uhr im Hotel Bern statt.

Der Parteitag ist geschlossen.

Schluss des Parteitags 20.58 Uhr.

Für das Protokoll



Michelle Hufschmid-Lim

- StimmzählerInnen
- Mandatskontrolle